

1980

Ausgegeben zu Bonn am 8. Februar 1980

Nr. 6

Tag	Inhalt	Seite
11. 1. 80	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Paraguay über Finanzielle Zusammenarbeit	85
21. 1. 80	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen und der Gebührenordnung der Europäischen Patentorganisation	87
23. 1. 80	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Fernmeldevertrags	95
24. 1. 80	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Uganda über Finanzielle Zusammenarbeit	95
25. 1. 80	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kap Verde über Finanzielle Zusammenarbeit	97

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Paraguay
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 11. Januar 1980

In Asunción ist am 17. Oktober 1979 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Paraguay über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 17. Oktober 1979

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. Januar 1980

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Paraguay über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Paraguay

in Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Paraguay,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Paraguay beizutragen

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Paraguay, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung des Ausbaus der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in ländlichen Gebieten der Provinz San Pedro, durch den Servicio Nacional de Saneamiento Ambiental (SENASA) ein Darlehen bis zu 4 Millionen DM (in Worten: vier Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen.

Artikel 2

(1) Die Verwendung dieses Darlehens sowie die Bedingungen, zu denen es gewährt wird, bestimmen die zwischen dem Darlehensnehmer, dem Servicio Nacional de Saneamiento Ambiental (SENASA) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zentralbank von Paraguay wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Erfüllung von

Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund der nach Absatz 1 abzuschließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Paraguay stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Paraguay erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Paraguay überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Republik Paraguay innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Asunción am 17. Oktober 1979 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei je-
der Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
J. Engels

Für die Regierung der Republik Paraguay
Nogues

**Bekanntmachung
von Änderungen der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen
und der Gebührenordnung der Europäischen Patentorganisation**

Vom 21. Januar 1980

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation hat am 30. November 1979

- Änderungen der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen vom 5. Oktober 1973 (BGBl. 1976 II S. 649, 826, 915),
- eine Änderung der Gebührenordnung vom 20. Oktober 1977 (BGBl. 1978 II S. 1133, 1148)

beschlossen. Die Beschlüsse werden auf Grund des Artikels X Nr. 1 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juni 1976 (BGBl. II S. 649) nachstehend bekanntgemacht.

Diese Bekanntmachung ergeht hinsichtlich der Änderungen der Ausführungsordnung im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. April 1979 (BGBl. II S. 349) und hinsichtlich der Änderung der Gebührenordnung im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. November 1979 (BGBl. II S. 1166).

Bonn, den 21. Januar 1980

Der Bundesminister der Justiz
Im Auftrag
Krieger

**Beschluß des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation
vom 30. November 1979
zur Änderung der Ausführungsordnung
zum Europäischen Patentübereinkommen**

**Decision of the Administrative Council of 30 November 1979
amending the Implementing Regulations to the European Patent Convention**

**Décision du Conseil d'administration du 30 novembre 1979
modifiant le règlement d'exécution de la Convention sur le brevet européen**

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation –

The Administrative Council of the European Patent Office

Le Conseil d'administration des l'Organisation européenne des brevets,

gestützt auf das Europäische Patentübereinkommen (nachstehend „Übereinkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe b,

having regard to the European Patent Convention (hereinafter referred to as the "Convention"), and in particular Article 33, paragraph 1 (b), thereof,

vu la Convention sur le brevet européen (ci-après dénommée «la Convention»), et notamment son article 33, paragraphe 1, lettre b),

auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts –

on a proposal from the President of the European Patent Office,

sur proposition du Président de l'Office européen des brevets,

beschließt:

has decided as follows:

décide:

Artikel 1

Article 1

Article premier

Regel 28 der Ausführungsordnung erhält folgende Fassung:

The following text shall be substituted for Rule 28 of the Implementing Regulations:

Le texte de la règle 28 du règlement d'exécution de la Convention est remplacé par le texte suivant:

„Regel 28

“Rule 28

«Règle 28

Erfordernisse europäischer Patentanmeldungen betreffend Mikroorganismen

Requirements of European patent applications relating to micro-organisms

Prescriptions régissant les demandes de brevet européen concernant des micro-organismes

(1) Bezieht sich eine Erfindung auf ein mikrobiologisches Verfahren oder auf ein mit Hilfe dieses Verfahrens gewonnenes Erzeugnis und wird hierbei ein Mikroorganismus verwendet, der der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist und in der europäischen Patentanmeldung nicht so beschrieben werden kann, daß ein Fachmann die Erfindung danach ausführen kann, so gilt die Erfindung nur dann als gemäß Artikel 83 offenbart, wenn

(1) If an invention concerns a micro-biological process or the product thereof and involves the use of a micro-organism which is not available to the public and which cannot be described in the European patent application in such a manner as to enable the invention to be carried out by a person skilled in the art, the invention shall only be regarded as being disclosed as prescribed in Article 83 if:

(1) Lorsqu'une invention concernant un procédé microbiologique ou un produit obtenu par un tel procédé comporte l'utilisation d'un micro-organisme auquel le public n'a pas accès et qui ne peut être décrit dans la demande de brevet européen de façon à permettre à un homme du métier d'exécuter l'invention, celle-ci n'est considérée comme exposée conformément aux dispositions de l'article 83 que si:

- a) eine Kultur des Mikroorganismus spätestens am Anmeldetag bei einer anerkannten Hinterlegungsstelle hinterlegt worden ist,
- b) die Anmeldung in ihrer ursprünglich eingereichten Fassung die dem Anmelder zur Verfügung stehenden maßgeblichen Angaben über die Merkmale des Mikroorganismus enthält und
- c) die Hinterlegungsstelle und das Aktenzeichen der Hinterlegung der Kultur in der Anmeldung angegeben sind.

- a) a culture of the micro-organism has been deposited with a recognised depositary institution not later than the date of filing of the application;
- b) the application as filed gives such relevant information as is available to the applicant on the characteristics of the micro-organism;
- c) the depositary institution and the file number of the culture deposit are stated in the application.

- a) une culture du micro-organisme a été déposée, au plus tard à la date de dépôt de la demande, auprès d'une autorité de dépôt habilitée;
- b) la demande telle que déposée contient les informations pertinentes dont dispose le demandeur sur les caractéristiques de micro-organisme et
- c) la demande comporte l'indication de l'autorité de dépôt et le numéro de dépôt de la culture.

(2) Die in Absatz 1 Buchstabe c genannten Angaben können nachgereicht werden

- a) innerhalb von sechzehn Monaten nach dem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, nach dem Prioritätstag,
- b) bis zum Tag der Einreichung eines Antrags auf vorzeitige Veröffentlichung der Anmeldung,
- c) innerhalb eines Monats, nachdem das Europäische Patentamt dem Anmelder mitgeteilt hat, daß ein Recht auf Akteneinsicht nach Artikel 128 Absatz 2 besteht.

Maßgebend ist die Frist, die zuerst abläuft. Die Mitteilung dieser Angaben gilt vorbehaltlos und unwiderruflich als Zustimmung des Anmelders, daß die von ihm hinterlegte Kultur nach Maßgabe dieser Regel der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

(3) Vom Tag der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung an ist die hinterlegte Kultur jedermann und vor diesem Tag demjenigen, der das Recht auf Akteneinsicht nach Artikel 128 Absatz 2 hat, auf Antrag zugänglich. Vorbehaltlich der Vorschriften von Absatz 4 wird der Zugang durch Herausgabe einer Probe des hinterlegten Mikroorganismus an den Antragsteller hergestellt. Die Herausgabe erfolgt nur, wenn der Antragsteller sich gegenüber dem Anmelder oder Patentinhaber verpflichtet hat,

- a) die hinterlegte Kultur oder eine von ihr abgeleitete Kultur Dritten nicht zugänglich zu machen, bevor die Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen wird oder als zurückgenommen gilt oder das europäische Patent in allen benannten Vertragsstaaten erloschen ist,
- b) die hinterlegte Kultur oder eine von ihr abgeleitete Kultur bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen wird oder als zurückgenommen gilt, oder bis zu dem Zeitpunkt der Bekanntmachung des Hinweises auf die Erteilung des europäischen Patents lediglich zu Versuchszwecken zu verwenden. Diese Vorschrift findet keine Anwendung, soweit der Antragsteller die Kultur auf Grund einer Zwangslizenz verwendet. Unter Zwangslizenzen sind auch Amtslizenzen und Rechte zur Benutzung einer patentierten Erfindung im öffentlichen Interesse zu verstehen.

(4) Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die technischen Vorbereitungen für die Veröffentlichung als abgeschlossen gelten, kann der Anmelder dem Europäischen Patentamt mitteilen, daß der in Absatz 3 bezeichnete Zugang bis zu dem Tag, an

(2) The information referred to in paragraph 1 (c) may be submitted:

- (a) within a period of sixteen months after the date of filing of the application or, if priority is claimed, after the priority date;
- (b) up to the date of submission of a request for early publication of the application;
- (c) within one month after the European Patent Office has communicated to the applicant that a right to inspection of the files, pursuant to Article 128, paragraph 2, exists.

The ruling period shall be the one which is the first to expire. The communication of this information shall be considered as constituting the unreserved and irrevocable consent of the applicant to the deposited culture being made available to the public in accordance with this Rule.

(3) The deposited culture shall be available upon request to any person from the date of publication of the European patent application and to any person having the right to inspect the files under the provisions of Article 128, paragraph 2, prior to that date. Subject to the provisions of paragraph 4, such availability shall be effected by the issue of a sample of the micro-organism to the person making the request (hereinafter referred to as the "requester"). Said issue shall be made only if the requester has undertaken *vis-à-vis* the applicant for or proprietor of the patent:

- (a) not to make the deposited culture or any culture derived therefrom available to any third party before the application has been refused or withdrawn or is deemed to be withdrawn or, if a patent is granted, before the expiry of the patent in the designated State in which it last expires;
- (b) to use the deposited culture or any culture derived therefrom for experimental purposes only, until such time as the patent application is refused or withdrawn or is deemed to be withdrawn, or up to the date of publication of the mention of the grant of the European patent. This provision shall not apply insofar as the requester is using the culture under a compulsory licence. The term "compulsory licence" shall be construed as including *ex officio* licences and the right to use patented inventions in the public interest.

(4) Until the date on which the technical preparations for publication of the application are deemed to have been completed, the applicant may inform the European Patent Office that, until the publication of the mention of the grant of the Eu-

(2) Les indications mentionnées au paragraphe 1, lettre c) peuvent être communiquées:

- a) dans un délai de seize mois à compter de la date de dépôt ou, si une priorité est revendiquée, à compter de la date de priorité;
- b) jusqu'à la date de présentation d'une requête tendant à avancer la publication de la demande;
- c) dans un délai d'un mois après la notification, faite par l'Office européen des brevets au demandeur, qu'il existe un droit de consultation du dossier en vertu de l'article 128, paragraphe 2.

Est applicable celui des délais qui expire le premier. Du fait de la communication de ces indications, le demandeur est considéré comme consentant sans réserve et de manière irrévocable à mettre la culture déposée à la disposition du public, conformément aux dispositions de la présente règle.

(3) A compter du jour de la publication de la demande de brevet européen, la culture déposée est accessible à toute personne qui en fait la requête et, avant cette date, à toute personne ayant le droit de consulter le dossier en application des dispositions de l'article 128, paragraphe 2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4, cette accessibilité est réalisée par la remise au requérant d'un échantillon du micro-organisme déposé. Cette remise n'a lieu que si le requérant s'est engagé à l'égard du demandeur ou du titulaire du brevet:

- a) à ne pas communiquer à des tiers la culture déposée ou une culture qui en est dérivée avant que la demande de brevet ait été rejetée ou retirée ou soit réputée retirée ou que le brevet européen s'éteigne dans tous les Etats contractants désignés,
- b) à n'utiliser la culture déposée ou une culture qui en est dérivée qu'à des fins expérimentales jusqu'à la date à laquelle la demande de brevet est rejetée ou retirée ou réputée retirée, ou jusqu'à la date de la publication de la mention de la délivrance du brevet européen. Cette disposition n'est pas applicable dans la mesure où le requérant utilise la culture pour une exploitation résultant d'une licence obligatoire. L'expression «licence obligatoire» est entendue comme couvrant les licences d'office et tout droit d'utilisation dans l'intérêt public d'une invention brevetée.

(4) Jusqu'à la date où les préparatifs techniques de publication de la demande sont réputés achevés, le demandeur peut informer l'Office européen des brevets que, jusqu'à la publication de la mention de la délivrance du brevet européen ou

dem der Hinweis auf die Erteilung des europäischen Patents bekanntgemacht wird oder an dem die Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen wird oder als zurückgenommen gilt, nur durch die Herausgabe einer Probe an einen vom Antragsteller benannten Sachverständigen hergestellt wird.

(5) Als Sachverständiger kann benannt werden:

- a) jede natürliche Person, sofern der Antragsteller bei der Einreichung des Antrags nachweist, daß die Benennung mit Zustimmung des Anmelders erfolgt,
- b) jede natürliche Person, die vom Präsidenten des Europäischen Patentamts als Sachverständiger anerkannt ist. Zusammen mit der Benennung ist eine Verpflichtung des Sachverständigen gegenüber dem Anmelder einzureichen; Absatz 3 Buchstaben a und b ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß der Antragsteller als Dritter anzusehen ist.

(6) Als abgeleitete Kultur im Sinne des Absatzes 3 gilt jede Kultur, welche noch die für die Ausführung der Erfindung wesentlichen Merkmale der hinterlegten Kultur aufweist. Die in Absatz 3 vorgesehenen Verpflichtungen stehen einer für die Zwecke von Patentverfahren erforderlichen Hinterlegung einer abgeleiteten Kultur nicht entgegen.

(7) Der in Absatz 3 vorgesehene Antrag ist beim Europäischen Patentamt auf einem von diesem Amt anerkannten Formblatt einzureichen. Das Europäische Patentamt bestätigt auf dem Formblatt, daß eine europäische Patentanmeldung eingereicht worden ist, die auf die Hinterlegung des Mikroorganismus Bezug nimmt, und daß der Antragsteller oder der von ihm benannte Sachverständige Anspruch auf Abgabe einer Probe des Mikroorganismus hat.

(8) Das Europäische Patentamt übermittelt der Hinterlegungsstelle sowie dem Anmelder oder Patentinhaber eine Kopie des Antrags mit der in Absatz 7 vorgesehenen Bestätigung.

(9) Der Präsident des Europäischen Patentamts veröffentlicht im Amtsblatt des Europäischen Patentamts das Verzeichnis der Hinterlegungsstellen und Sachverständigen, die für die Anwendung dieser Regel anerkannt sind."

Artikel 2

In die Ausführungsordnung wird eine Regel 28 a aufgenommen, die wie folgt lautet:

„Regel 28 a
Erneute Hinterlegung des
Mikroorganismus

(1) Ist ein nach Regel 28 Absatz 1 hinterlegter Mikroorganismus bei der Stelle,

European patent or until the date on which the application has been refused or withdrawn or is deemed to be withdrawn, the availability referred to in paragraph 3 shall be effected only by the issue of a sample to an expert nominated by the requester.

(5) The following may be nominated as an expert:

- a) any natural person provided that the requester furnishes evidence, when filing the request, that the nomination has the approval of the applicant;
- b) any natural person recognised as an expert by the President of the European Patent Office. The nomination shall be accompanied by an undertaking from the expert *vis-à-vis* the applicant; paragraph 3 (a) and (b) shall apply, the requester being regarded as a third party.

(6) For the purposes of paragraph 3, a derived culture is deemed to be any culture of the micro-organism which still exhibits those characteristics of the deposited culture which are essential to carrying out the invention. The undertaking referred to in paragraph 3 shall not impede a deposit of a derived culture, necessary for the purpose of patent procedure.

(7) The request provided for in paragraph 3 shall be submitted to the European Patent Office on a form recognised by that Office. The European Patent Office shall certify on the form that a European patent application referring to the deposit of the micro-organism has been filed, and that the requester or the expert nominated by him is entitled to the issue of a sample of the micro-organism.

(8) The European Patent Office shall transmit a copy of the request, with the certification provided for in paragraph 7, to the depositary institution as well as to the applicant for or the proprietor of the patent.

(9) The President of the European Patent Office shall publish in the Official Journal of the European Patent Office the list of depositary institutions and experts recognised for the purpose of this Rule."

Article 2

The following Rule 28 a shall be inserted in the Implementing Regulations:

"Rule 28 a
New deposit of a micro-organism

(1) If a micro-organism deposited in accordance with Rule 28, paragraph 1,

jusqu'à la date à laquelle la demande est rejetée, retirée ou réputée retirée, l'accessibilité prévue au paragraphe 3 ne peut être réalisée que par la remise d'un échantillon à un expert désigné par le requérant.

(5) Peut être désignée comme expert:

- a) toute personne physique, à condition que le requérant fournisse la preuve, lors du dépôt de la requête, que le demandeur a donné son accord à cette désignation;
- b) toute personne physique qui a la qualité d'expert agréé par le Président de l'Office européen des brevets. La désignation est accompagnée d'un engagement de l'expert envers le demandeur; le paragraphe 3, lettres a) et b) s'applique, le requérant étant considéré comme un tiers.

(6) On entend par culture dérivée aux fins du paragraphe 3 toute culture qui présente encore les caractéristiques de la culture déposée essentielles à la mise en œuvre de l'invention. Les engagements visés au paragraphe 3 ne font pas obstacle à un dépôt d'une culture dérivée, nécessaire aux fins de la procédure en matière de brevets.

(7) Le requête mentionnée au paragraphe 3 est adressée à l'Office européen des brevets au moyen d'une formule agréée par cet Office. L'Office européen des brevets certifie sur cette formule qu'une demande de brevet européen faisant état du dépôt du micro-organisme a été déposée et que le requérant ou l'expert qu'il a désigné a droit à la remise d'un échantillon de ce micro-organisme.

(8) L'Office européen des brevets transmet à l'autorité de dépôt, ainsi qu'au demandeur ou au titulaire du brevet, une copie de la requête assortie de la certification prévue au paragraphe 7.

(9) Le Président de l'Office européen des brevets publie au Journal officiel de l'Office européen des brevets la liste des autorités de dépôt habilitées et des experts agréés aux fins de l'application de la présente règle."

Article 2

Une règle 28^{bis}, dont le texte est le suivant, est insérée dans le règlement d'exécution:

«Règle 28^{bis}
Nouveau dépôt du micro-organisme

(1) Si un micro-organisme déposé conformément à la règle 28, paragraphe

bei der er hinterlegt worden ist, nicht mehr zugänglich, weil

- a) der Mikroorganismus nicht mehr lebensfähig ist oder
- b) die Hinterlegungsstelle aus anderen Gründen zur Abgabe von Proben nicht in der Lage ist,

und ist der Mikroorganismus nicht an eine andere für die Anwendung der Regel 28 anerkannte Hinterlegungsstelle weitergeleitet worden, bei der er weiterhin zugänglich ist, so gilt die Unterbrechung der Zugänglichkeit als nicht eingetreten, wenn der ursprünglich hinterlegte Mikroorganismus innerhalb von drei Monaten nach dem Tag erneut hinterlegt wird, an dem dem Hinterleger von der Hinterlegungsstelle diese Unterbrechung mitgeteilt wurde, und wenn dem Europäischen Patentamt innerhalb von vier Monaten nach dem Tag der erneuten Hinterlegung eine Kopie der von der Hinterlegungsstelle ausgestellten Empfangsbescheinigung unter Angabe der Nummer der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents übermittelt wird.

(2) Die erneute Hinterlegung ist in dem Fall des Absatzes 1 Buchstabe a bei der Hinterlegungsstelle vorzunehmen, bei der die ursprüngliche Hinterlegung vorgenommen wurde; sie kann in den Fällen des Absatzes 1 Buchstabe b bei einer anderen für die Anwendung der Regel 28 anerkannten Hinterlegungsstelle vorgenommen werden.

(3) Ist die Hinterlegungsstelle, bei der die ursprüngliche Hinterlegung vorgenommen wurde, für die Anwendung der Regel 28 entweder insgesamt oder für die Art von Mikroorganismen, zu der der hinterlegte Mikroorganismus gehört, nicht mehr anerkannt oder hat diese Hinterlegungsstelle die Erfüllung ihrer Aufgaben in bezug auf hinterlegte Mikroorganismen vorübergehend oder endgültig eingestellt und erfolgt die in Absatz 1 genannte Mitteilung der Hinterlegungsstelle nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem Eintritt dieses Ereignisses, so beginnt die in Absatz 1 genannte Dreimonatsfrist zu dem Zeitpunkt, in dem der Eintritt dieses Ereignisses im Amtsblatt des Europäischen Patentamts veröffentlicht wurde.

(4) Jeder erneuten Hinterlegung ist eine vom Hinterleger unterzeichnete Erklärung beizufügen, in der bestätigt wird, daß der erneut hinterlegte Mikroorganismus derselbe wie der ursprünglich hinterlegte ist.

(5) Wird die in dieser Regel vorgesehene neue Hinterlegung nach dem Budapest-Vertrag über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren vom 28. April 1977 vorgenommen, so sind im Falle der Nichtübereinstimmung die Vorschriften dieses Vertrages maßgebend."

ceases to be available from the institution with which it was deposited because:

- (a) the micro-organism is no longer viable, or
- (b) for any other reason the depositary institution is unable to supply samples,

and if the micro-organism has not been transferred to another depositary institution recognised for the purposes of Rule 28, from which it continues to be available, an interruption in availability shall be deemed not to have occurred if a new deposit of the micro-organism originally deposited is made within a period of three months from the date on which the depositor was notified of the interruption by the depositary institution and if a copy of the receipt of the deposit issued by the institution is forwarded to the European Patent Office within four months from the date of the new deposit stating the number of the application or of the European patent.

(2) In the case provided for in paragraph 1 (a), the new deposit shall be made with the depositary institution with which the original deposit was made; in the cases provided for in paragraph 1 (b), it may be made with another depositary institution recognised for the purposes of Rule 28.

(3) Where the institution with which the original deposit was made ceases to be recognised for the purposes of the application of Rule 28, either entirely or for the kind of micro-organism to which the deposited micro-organism belongs, or where that institution discontinues, temporarily or definitively, the performance of its functions as regards deposited micro-organisms, and the notification referred to in paragraph 1 from the depositary institution is not received within six months from the date of such event, the three-month period referred to in paragraph 1 shall begin on the date on which this event is announced in the Official Journal of the European Patent Office.

(4) Any new deposit shall be accompanied by a statement signed by the depositor alleging that the newly deposited micro-organism is the same as that originally deposited.

(5) If the new deposit provided for in the present Rule has been made under the provisions of the Budapest Treaty on the International Recognition of the Deposit of Micro-organisms for the Purposes of Patent Procedure of 28 April 1977, the provisions of that Treaty shall prevail in case of conflict."

1, cesse d'être accessible auprès de l'autorité qui a reçu ce dépôt:

- a) parce que le micro-organisme n'est plus viable,
- b) ou que, pour d'autres raisons, l'autorité de dépôt n'est pas à même de fournir des échantillons du micro-organisme,

et si le micro-organisme n'a pas été transféré à une autre autorité de dépôt, habilitée aux fins de la règle 28, auprès de laquelle il reste accessible, l'interruption de l'accessibilité est réputée non avenue à condition qu'un nouveau dépôt du micro-organisme initialement déposé ait été effectué dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle cette interruption a été notifiée au déposant du micro-organisme par l'autorité de dépôt et qu'une copie du récépissé de dépôt délivré par l'autorité de dépôt, accompagnée de l'indication du numéro de la demande de brevet européen ou du brevet européen, ait été communiquée à l'Office européen des brevets dans un délai de quatre mois à compter de la date du nouveau dépôt.

(2) Dans le cas prévu au paragraphe 1, lettre a), le nouveau dépôt est effectué auprès de l'autorité de dépôt qui a reçu le dépôt initial; dans les cas prévus au paragraphe 1, lettre b), il peut être effectué auprès d'une autre autorité de dépôt habilitée aux fins de la règle 28.

(3) Si l'autorité de dépôt auprès de laquelle a été effectué le dépôt initial n'est plus habilitée aux fins de la règle 28, soit totalement, soit à l'égard du type de micro-organismes auquel le micro-organisme déposé appartient, ou si cette autorité de dépôt a cessé, temporairement ou définitivement, d'exercer ses fonctions en ce qui concerne des micro-organismes déposés, et si la notification mentionnée au paragraphe 1 n'est pas faite dans les six mois suivant cet événement, le délai de trois mois défini au paragraphe 1 commence à courir à la date à laquelle le Journal officiel de l'Office européen des brevets a mentionné cet événement.

(4) Tout nouveau dépôt est accompagné d'une déclaration signée par le déposant, certifiant que le micro-organisme qui fait l'objet du nouveau dépôt est le même que celui qui faisait l'objet du dépôt initial.

(5) Si le nouveau dépôt visé à la présente règle a été fait conformément au Traité de Budapest sur la reconnaissance internationale du dépôt des micro-organismes aux fins de la procédure en matière de brevets du 28 avril 1977, les dispositions de ce Traité prévalent en cas de divergence."

Artikel 3

Der Präsident des Europäischen Patentamts übermittelt den Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens sowie den Staaten, die diesem beitreten, eine beglaubigte Abschrift dieses Beschlusses.

Article 3

The President of the European Patent Office shall transmit a certified copy of this Decision to the signatory States to the Convention and to the States which accede thereto.

Article 3

Le Président de l'Office européen des brevets transmet aux Etats signataires de la Convention ainsi qu'aux Etats qui y adhèrent une copie certifiée conforme de la présente décision.

Artikel 4

Dieser Beschluß tritt am 1. Juni 1980 in Kraft.

Article 4

This Decision shall enter into force on 1 June 1980.

Article 4

Le présente décision entre en vigueur le 1^{er} juin 1980.

Geschehen zu München am 30. November 1979.

Done at Munich, 30 November 1979.

Fait à Munich, le 30 novembre 1979.

Für den Verwaltungsrat
Der Präsident

For the Administrative Council
The Chairman
G. Vianès

Par le Conseil d'administration
Le Président

**Beschluß des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation
vom 30. November 1979
über die Aufnahme einer Regel 85 a
in die Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen**

**Decision of the Administrative Council of 30 November, 1979
on the inclusion of a Rule 85 a
in the Implementing Regulations to the European Patent Convention**

**Décision du Conseil d'administration du 30 novembre 1979
relative à l'insertion d'une règle 85 bis
dans le règlement d'exécution de la Convention sur le brevet européen**

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation –

The Administrative Council of the European Patent Organisation –

Le Conseil d'administration de l'Organisation européenne des brevets,

gestützt auf das Europäische Patentübereinkommen (nachstehend „Übereinkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 33 Absatz 1 Buchstaben a und b,

having regard to the European Patent Convention (hereinafter referred to as the "Convention"), and in particular Article 33, paragraph 1 (a) and (b) thereof,

vu la Convention sur le brevet européen (ci-après dénommée «la Convention»), et notamment son article 33, paragraphe 1, lettres a et b,

auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts –

on a proposal from the President of the European Patent Office,

sur proposition du Président de l'Office européen des brevets,

beschließt:

has decided as follows:

décide:

Artikel 1

In die Ausführungsordnung wird eine Regel 85 a aufgenommen, die wie folgt lautet:

Article 1

A Rule 85 a, reading as follows, shall be incorporated in the Implementing Regulations:

Article premier

Une règle 85 bis, dont le texte est le suivant, est insérée dans le règlement d'exécution:

Regel 85 a
Verlängerung von Fristen
für Gebührenzahlungen

Rule 85 a
Extension of time limits
for payment of fees

Règle 85 bis
Prolongation des délais applicables
au paiement des taxes

Werden die Anmeldegebühr, die Recherchegebühr oder eine Benennungsgebühr nicht innerhalb der in Artikel 78

If the filing fee, the search fee or a designation fee have not been paid within the time limits provided for in Article 78,

Si la taxe de dépôt, la taxe de recherche ou une taxe de désignation n'est pas acquittée dans les délais fixés à l'article

Absatz 2 Artikel 79 Absatz 2, Regel 15 Absatz 2 oder Regel 25 Absatz 3 vorgesehenen Fristen entrichtet, so können sie noch innerhalb einer Nachfrist von zwei Monaten nach Ablauf der Frist wirksam entrichtet werden, sofern innerhalb der Nachfrist eine Zuschlagsgebühr entrichtet wird.

Artikel 2

Regel 85 a der Ausführungsordnung ist auf alle Fälle, in denen die Feststellung eines Rechtsverlustes im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Beschlusses noch nicht rechtskräftig geworden ist, mit der Maßgabe anzuwenden, daß die in dieser Regel vorgesehene Nachfrist mit diesem Zeitpunkt beginnt.

Artikel 3

Der Präsident des Europäischen Patentamts übermittelt den Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens sowie den Staaten, die diesem beitreten, eine beglaubigte Abschrift dieses Beschlusses.

Artikel 4

Dieser Beschluß tritt am 30. November 1979 in Kraft.

Geschehen zu München am 30. November 1979.

Für den Verwaltungsrat
Der Präsident

paragraph 2, Article 79, paragraph 2, Rule 15, paragraph 2, or Rule 25, paragraph 3, they may still be validly paid within a period of grace of two months after expiry of the time limit, provided that within this period a surcharge is paid.

Article 2

Rule 85 a of the Implementing Regulations shall apply to all cases in which establishment of a loss of rights has not yet become final on the date of the entry into force of the present Decision, it being understood that the period of grace provided for in this Rule begins as from that date.

Article 3

The President of the European Patent Office shall transmit a certified copy of this Decision to the Signatory States to the Convention and to the States which accede thereto.

Article 4

This Decision shall enter into force on 30 November 1979.

Done at Munich, 30 November 1979.

For the Administrative Council
The Chairman
G. Vianès

78, paragraphe 2, à l'article 79, paragraphe 2, à la règle 15, paragraphe 2 ou à la règle 25, paragraphe 3, elle peut être acquittée dans un délai supplémentaire de deux mois à compter de l'expiration du délai, moyennant versement d'une surtaxe dans ce délai supplémentaire.

Article 2

Dans tous les cas où la constatation de la perte d'un droit n'est pas encore définitive à la date d'entrée en vigueur de la présente décision, la règle 85 bis du règlement d'exécution est applicable, le délai supplémentaire prévu dans cette règle commençant à courir à cette date.

Article 3

Le Président de l'Office européen des brevets transmet aux Etats signataires de la Convention ainsi qu'aux Etats qui y adhèrent une copie certifiée conforme de la présente décision.

Article 4

La présente décision entre en vigueur le 30 novembre 1979.

Fait à Munich, le 30 novembre 1979.

Par le Conseil d'administration
Le Président

**Beschluß des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation
vom 30. November 1979
zur Änderung der Gebührenordnung**

**Decision of the Administrative Council of 30 November 1979
amending the Rules relating to Fees**

**Décision du Conseil d'administration du 30 novembre 1979
modifiant le règlement relatif aux taxes**

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation –

gestützt auf das Europäische Patentübereinkommen, insbesondere auf Artikel 33 Absatz 2 Buchstabe d,

gestützt auf die Gebührenordnung,

auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts,

nach Stellungnahme des Haushalts- und Finanzausschusses –

beschließt:

Artikel 1

Artikel 2 der Gebührenordnung wird durch eine Nummer 3 b mit folgendem Wortlaut ergänzt:

„3 b. Zuschlagsgebühr zur Anmeldegebühr, zur Recherchegebühr oder zu einer Benennungsgebühr (Regel 85 a)

50 % der betreffenden Gebühr oder Gebühren, höchstens jedoch insgesamt 900 DM“

Artikel 2

Dieser Beschluß tritt am 30. November 1979 in Kraft.

Geschehen zu München am 30. November 1979.

Für den Verwaltungsrat
Der Präsident

The Administrative Council of the European Patent Organisation–

having read to the European Patent Convention, and in particular Article 33, paragraph 2 (d), thereof,

having regard to the Rules relating to Fees,

on a proposal from the President of the European Patent Office,

having consulted the Budget and Finance Committee–

has decided as follows:

Article 1

Article 2 of the Rules relating to Fees shall be supplemented by an item 3 b which reads as follows:

“3 b. Surcharge on the filing fee, the search fee or a designation fee (Rule 85 a)

50 % of the relevant fee or fees, but not to exceed a total of DM 900”

Article 2

This decision shall enter into force on 30 November 1979.

Done at Munich, 30 November 1979.

For the Administrative Council
The Chairman
G. Vianès

Le Conseil d'administration de l'Organisation européenne des brevets –

vu la Convention sur le brevet européen, et notamment son article 33, paragraphe 2, lettre d),

vu le règlement relatif aux taxes,

sur proposition du Président de l'Office européen des brevets,

après avis de la Commission du budget et des finances –

décide:

Article premier

L'article 2 du règlement relatif aux taxes est complété par un point 3^{ter} qui se lit comme suit:

«3^{ter} Surtaxe à la taxe de dépôt, à la taxe de recherche ou à une taxe de désignation (règle 85^{bis})

50 % de la taxe ou des taxes concernées, sans que le montant total puisse dépasser 900 DM».

Article 2

La présente décision entre en vigueur le 30 novembre 1979.

Fait à Munich, le 30 novembre 1979.

Par le Conseil d'administration
Le Président

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Fernmeldevertrags
Vom 23. Januar 1980**

Der Internationale Fernmeldevertrag vom 25. Oktober 1973 (BGBl. 1976 II S. 1089) ist einschließlich seiner Anlagen nach seinem Artikel 45 Nr. 3 zusammen mit dem Schlußprotokoll und den Zusatzprotokollen I bis VI für folgende Staaten in Kraft getreten:

Costa Rica	am 10. September 1979
Elfenbeinküste	am 25. September 1979
Honduras	am 11. Oktober 1979
Jemen (Demokratischer)	am 25. September 1979

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. Juli 1979 (BGBl. II S. 916).

Bonn, den 23. Januar 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Uganda
über Finanzielle Zusammenarbeit
Vom 24. Januar 1980**

In Kampala ist am 23. November 1979 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Uganda über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 23. November 1979

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. Januar 1980

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Uganda über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Uganda –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Uganda

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Uganda beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Uganda, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage einen Finanzierungsbeitrag bis zu 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) zu erhalten. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge bzw. Leistungsverträge nach der Unterzeichnung des nach Artikel 2 zu schließenden Finanzierungsvertrages abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung des Finanzierungsbeitrages sowie die Bedingungen, zu denen er gewährt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Re-

publik Uganda zu schließende Finanzierungsvertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Uganda stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsvertrages in Uganda erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Uganda überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Uganda innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Kampala am 23. November 1979 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. W. Froewis

Für die Regierung der Republik Uganda
A. S. P. Sentogo

Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Uganda
über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 23. November 1979 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
 - a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
 - b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
 - d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel,
 - e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Republik Uganda von Bedeutung sind,
 - f) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kap Verde
über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 25. Januar 1980

In Praia ist am 23. November 1979 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kap Verde über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7

am 23. November 1979

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 25. Januar 1980

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Moltrecht

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kap Verde
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Kap Verde –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kap Verde,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Kap Verde beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kap Verde, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage einen Finanzierungsbeitrag bis zu 575 000,- DM (in Worten: fünfhundertfünfundsiebzigtausend Deutsche Mark) zu erhalten. Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für die die Lieferverträge bzw. Leistungsverträge nach der Unterzeichnung des nach Artikel 2 zu schließenden Finanzierungsvertrages abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung des Finanzierungsbeitrags sowie die Bedingungen, zu denen er gewährt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Re-

publik Kap Verde zu schließende Finanzierungsvertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Kap Verde stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsvertrages in Kap Verde erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Kap Verde überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Kap Verde innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Praia am 23. November 1979 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Török

Für die Regierung der Republik Kap Verde
José Brito

Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kap Verde
über Finanzielle Zusammenarbeit

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 23. November 1979 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
 - a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate;
 - b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte;
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art.
 2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
 3. Die Einfuhr von Luxusgütern und Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.
-

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. – Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48.– DM Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,70 DM (1,20 DM zuzüglich –50 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 2,20 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5 %.

Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Bundesgesetzblatt-Einbanddecken 1979

Auslieferung ab Februar 1980

Teil I: 14,40 DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

Teil II: 14,40 DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

6,5 % MwSt. sind enthalten

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift, wie in den vergangenen Jahren

Die Titelblätter, die zeitlichen Übersichten und die Sachverzeichnisse für den Jahrgang 1979 des Bundesgesetzblattes Teil I und Teil II liegen den jeweiligen Ausgaben 1980 Nr. 4 im Rahmen des Abonnements bei.

Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399–509 oder gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung.

Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H.

Vertriebsabteilung Bundesgesetzblatt · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1